

Juni 2021

Eine repräsentative Studie zur politischen Stimmung im
Auftrag der ARD-Tagesthemen und der Tageszeitung DIE WELT



ARD-DeutschlandTREND

Der Inhalt dieses Berichtes darf ganz oder teilweise nur mit unserer schriftlichen Genehmigung veröffentlicht, vervielfältigt, gedruckt oder in Informations- und Dokumentationssystemen (information storage and retrieval systems) gespeichert, verarbeitet oder ausgegeben werden.

Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung.....	1
Sonntagsfrage: CDU/CSU legt deutlich zu und zieht wieder an den Grünen vorbei	2
Nachfolge im Kanzleramt: Laschet knapp vor Scholz und deutlich vor Baerbock.....	3
Politikerzufriedenheit: Laschet legt zu, Sympathieeinbruch für Baerbock	4
Zuspruch für Bundesregierung steigt wieder	5
Corona-Maßnahmen: Kritik nimmt ab.....	6
Impfungen für Jugendliche und Wegfall der Priorisierung umstritten.....	7
Wichtigste Probleme: Umwelt, Ungleichheit, Zuwanderung, Corona	8
Klima- und Umweltschutz: Verbote und höhere Preise umstritten	9
Urlaubspläne 2021: gestiegene Reiselust.....	11
Studieninformation.....	12

Zusammenfassung

Gut drei Monate vor der Bundestagswahl verschiebt sich die bundespolitische Stimmung deutlich zugunsten der Union. Bei einer Bundestagswahl zum jetzigen Zeitpunkt hätte die CDU/CSU einen Stimmenanteil von 28 Prozent in Aussicht, 5 Punkte mehr als Anfang Mai. Die Unionsparteien liegen damit aktuell wieder vor den Grünen, die im Monatsverlauf 6 Punkte abgeben und mit 20 Prozent rechnen könnten. Die SPD wäre mit unverändert 14 Prozent weiter drittstärkste Partei, gefolgt von FDP (+1) und AfD (+/-0) mit jeweils 12 Prozent. Die Linke würde 7 Prozent (+1) erzielen. Alle anderen Parteien kämen zusammen ebenfalls auf 7 Prozent.

Die kurzfristigen Bewegungen in der Sonntagsfrage werden von veränderten Bewertungen der Spitzenkandidaten begleitet. Nachdem Annalena Baerbock noch im Mai in der Direktwahlfrage von allen drei Kanzlerkandidaten relativ die größte Unterstützung in der Bevölkerung erzielte, ziehen die Bundesbürger aktuell Armin Laschet für das Kanzleramt vor. Allerdings stützt sich die Präferenz zugunsten des Unions-Kandidaten bislang nicht auf eine überragende Popularität des Politikers. Armin Laschet bleibt im Bevölkerungsurteil auch im Juni deutlich hinter SPD-Kanzlerkandidat Olaf Scholz zurück, ebenso hinter der scheidenden CDU-Bundeskanzlerin und seinem Mitbewerber um die Unions-Kanzlerkandidatur vom Frühjahr, Markus Söder. Auch wird er weiterhin schlechter bewertet als Christian Linder von der FDP. Armin Laschet hat jedoch binnen eines Monats an Ansehen gewonnen und zieht momentan mehr Zuspruch auf sich als Annalena Baerbock. Die Grünen-Kanzlerkandidatin ist demgegenüber nach Berichten über Unklarheiten in ihrem Lebenslauf und bei der Verbuchung von Zusatzeinnahmen mit deutlichen Ansehensverlusten konfrontiert.

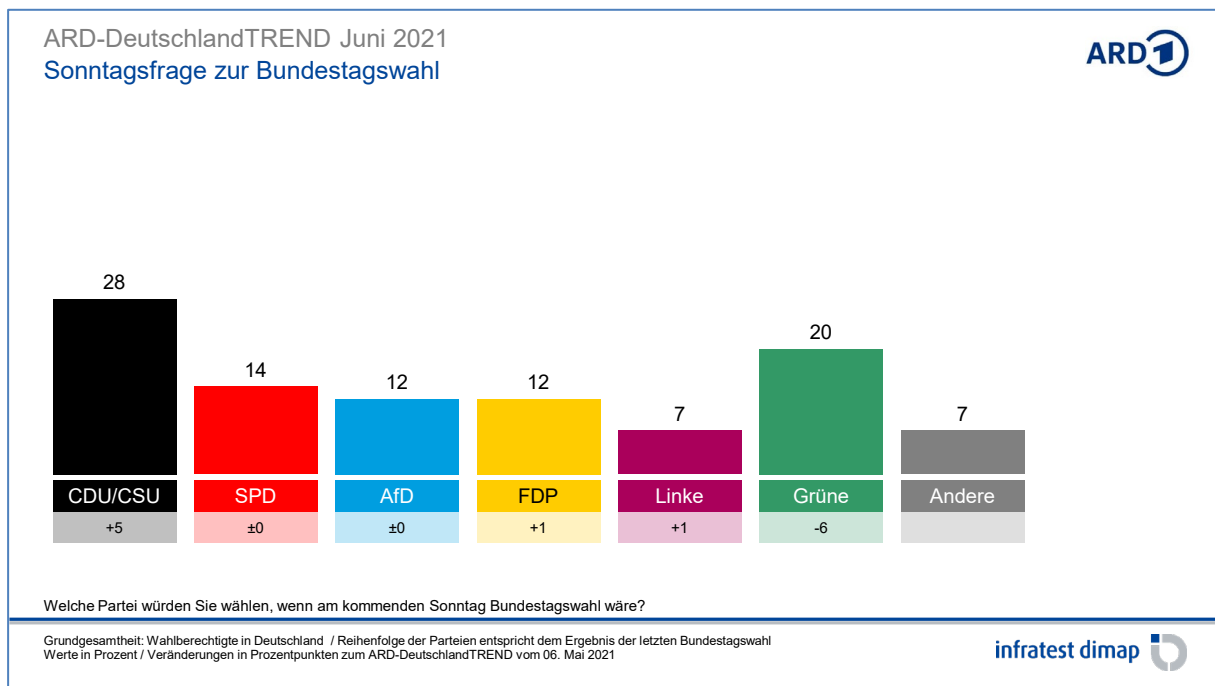
Das Urteil zur schwarz-roten Regierungsarbeit hat sich binnen Monatsfrist gebessert. Nachdem im Mai die Kritik klar überwog, gibt sich aktuell fast die Hälfte der Bundesbürger zufrieden. Zugutekommen der Regierung sinkende Corona-Infektionszahlen und eine wohlwollende Begleitung angelaufener Corona-Lockerungen. Der Zuspruch für geltende Corona-Regelungen erreicht den höchsten Wert in diesem Jahr. Positiv bemerkbar macht sich für die Bundesregierung zudem der Fortschritt in der Corona-Impfkampagne. Das bisher geltende Impf-Regime empfinden sieben von zehn für sich persönlich als gerecht. Die Aufhebung der Impf-Priorisierung ist in der Bevölkerung umstritten, ebenso - nicht zuletzt unter den betroffenen Eltern - eine Öffnung der Corona-Impfungen für Jugendliche.

Die weitere Entwicklung des Infektionsgeschehens wird über die Wichtigkeit des Corona-Themas im Vorfeld der Bundestagswahl im September entscheiden. Die aktuell rückläufigen Inzidenzen eröffnen Raum auch für andere Themen. Gefragt nach den aktuell wichtigsten politischen Problemen in Deutschland benennen 28 Prozent den Umwelt- und Klimaschutz, jeweils 19 Prozent Fragen der Zuwanderung und der sozialen Ungerechtigkeit sowie die Corona-Pandemie. Damit unterscheidet sich die momentane Problemagenda der Deutschen deutlich von der der letzten Bundestagswahl. Im August 2017 hatte jeder zweite Wahlberechtigte Migration als zentrale Herausforderung für die Politik angegeben.

Die Deutschen sehen den Klima- und Umweltschutz derzeit als eines der großen politischen Probleme und nehmen sich bei diesem Thema auch selbst in die Pflicht. Lediglich ein Drittel signalisiert, sich für den Klimaschutz in seinem Alltag grundsätzlich nicht einschränken zu wollen. Dennoch kommt auf die deutsche Politik ein nicht zu unterschätzender Überzeugungsaufwand zu. Denn nicht nur Verbote klimaschädlichen Verhaltens sind in der Bevölkerung umstritten. Auch eine höhere Bepreisung von Energieträgern und Alltagsprodukten trifft auf Widerspruch. Nur jeder Zweite unterstützt prinzipiell eine Verteuerung von Produkten, Gütern und Dienstleistungen entsprechend der mit ihnen verbundenen CO₂-Emissionen. Die aktuell diskutierte deutliche Anhebung des Benzinpreises findet sogar nur bei jedem Fünften Zuspruch. Gleichzeitig begegnen die Deutschen dem Umstieg vom Verbrenner auf Elektromobilität zumindest bislang mehrheitlich mit Vorbehalten. Für das Ziel einer klimafreundlichen Fortbewegung würden die Deutschen eher ein Tempolimit auf Autobahnen als höhere Benzinpreise akzeptieren.

Sonntagsfrage: CDU/CSU legt deutlich zu und zieht wieder an den Grünen vorbei

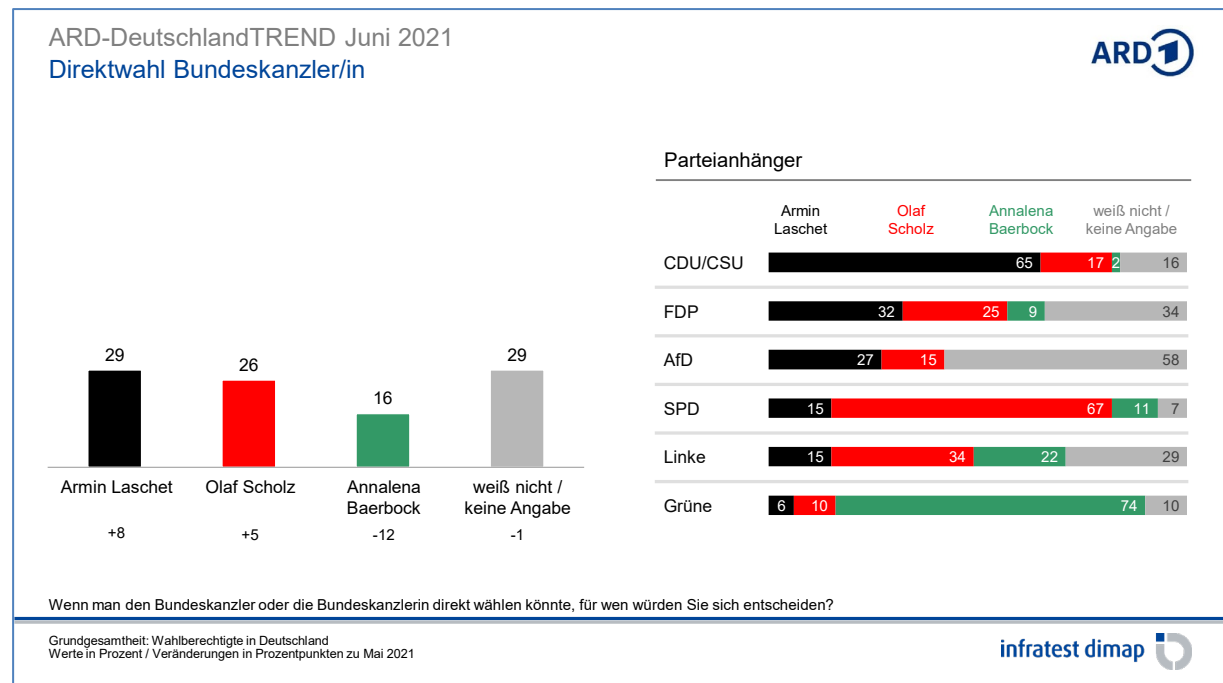
Drei Monate vor der Bundestagswahl verschiebt sich die bundespolitische Stimmung deutlich zugunsten der Union. Bei einer Bundestagswahl zum jetzigen Zeitpunkt hätte die CDU/CSU einen Stimmenanteil von 28 Prozent in Aussicht, 5 Punkte mehr als Anfang Mai. Die Unionsparteien liegen damit aktuell wieder vor den Grünen, die im Monatsverlauf 6 Punkte abgeben und mit 20 Prozent rechnen könnten. Die SPD wäre mit unverändert 14 Prozent weiter drittstärkste Partei, gefolgt von FDP (+1) und AfD (+/- 0) mit jeweils 12 Prozent. Die Linke würde 7 Prozent (+1) erzielen. Alle anderen Parteien kämen zusammen ebenfalls auf 7 Prozent.



Die Sonntagsfrage zur Bundestagswahl misst aktuelle Parteipräferenzen und nicht tatsächliches Wahlverhalten. Sie ermittelt einen Zwischenstand im Meinungsbildungsprozess der Wahlbevölkerung, der erst am Wahlsonntag abgeschlossen ist. Rückschlüsse auf den Wahlausgang sind damit nur bedingt möglich. Viele Wähler legen sich kurzfristig vor einer Wahl fest. Eine große Bedeutung hat zudem der Wahlkampf mit der gezielten Ansprache von unentschlossenen und taktischen Wählern.

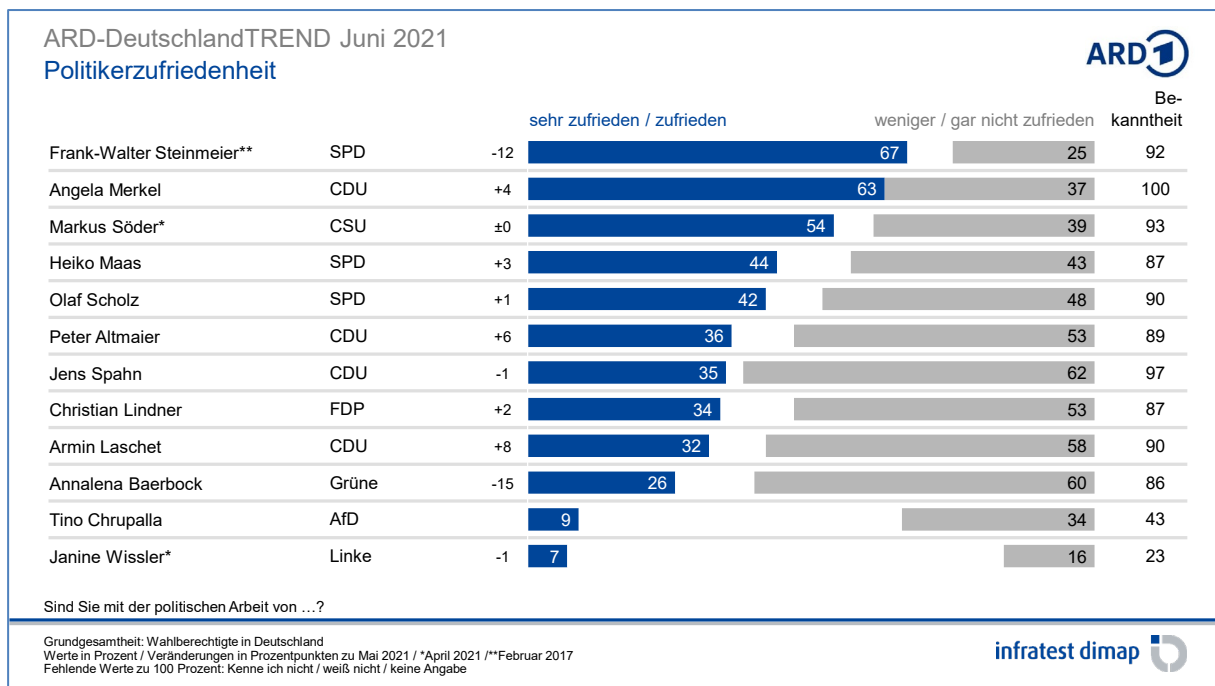
Nachfolge im Kanzleramt: Laschet knapp vor Scholz und deutlich vor Baerbock

Die kurzfristigen Bewegungen in der Sonntagsfrage werden von veränderten Bewertungen der Spitzenkandidaten begleitet. Nachdem Annalena Baerbock noch im Mai in der Direktwahlfrage von allen drei Kanzlerkandidaten relativ die größte Unterstützung in der Bevölkerung erzielte, ziehen die Bundesbürger aktuell Armin Laschet im Kanzleramt vor: Wenn die Deutschen direkt über die Nachfolge von Angela Merkel im Kanzleramt entscheiden könnten, würden 29 Prozent (+8) für Armin Laschet von der CDU, 26 Prozent (+5) für Olaf Scholz von der SPD und 16 Prozent (-12) für Annalena Baerbock von den Grünen stimmen. Drei von zehn Deutschen (29 Prozent) können oder wollen sich weiterhin für keinen der drei Politiker entscheiden. Die Ausstrahlung der drei Kandidaten gegenüber der eigenen Anhängerschaft variiert nach wie vor. Während sich bei den Grünen-Anhängern drei von vier (74 Prozent) für Annalena Baerbock aussprechen, favorisieren bei den Unions- und SPD-Anhängern jeweils etwa zwei Drittel den eigenen Kandidaten im Kanzleramt.



Politikerzufriedenheit: Laschet legt zu, Sympathieeinbruch für Baerbock

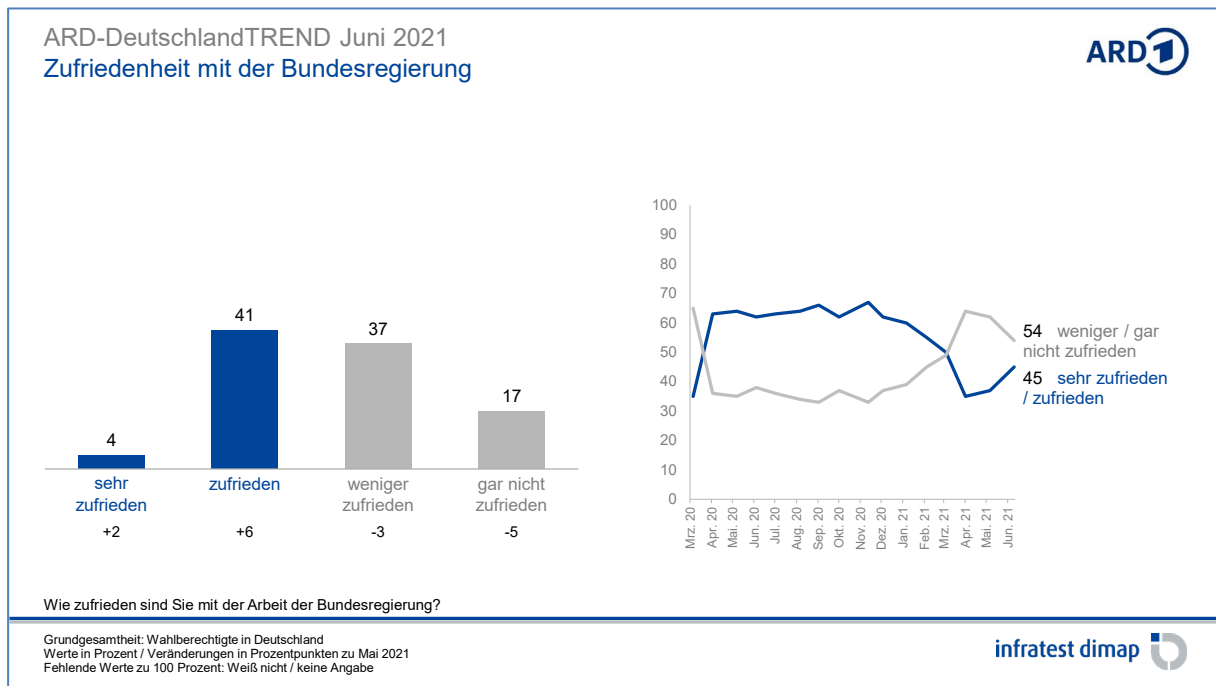
Die Präferenz für den Unions-Kandidaten stützt sich bislang nicht auf eine überragende Popularität des Politikers. Armin Laschet bleibt mit einem Zuspruch von 32 Prozent (+8) im Bevölkerungsurteil im Juni deutlich hinter SPD-Kanzlerkandidat Olaf Scholz (42 Prozent; +1) zurück, ebenso hinter der scheidenden CDU-Bundeskanzlerin (63 Prozent; +4) und seinem Mitbewerber um die Unions-Kanzlerkandidatur vom Frühjahr, Markus Söder (54 Prozent). Auch wird er weiterhin schlechter bewertet als Christian Lindner von der FDP, der mit 34 Prozent (+2) den besten Wert seit Februar letzten Jahres erzielt. Armin Laschet hat jedoch binnen eines Monats an Ansehen gewonnen und zieht anders als im Mai mehr Sympathien auf sich als die Grünen-Kanzlerkandidatin. Annalena Baerbock ist demgegenüber nach Berichten über Unklarheiten in ihrem Lebenslauf und bei der Verbuchung von Zusatzeinnahmen mit deutlichen Ansehensverlusten konfrontiert. Lag sie nach Bekanntgabe ihrer Kanzlerkandidatur vor einem Monat mit 41 Prozent noch gleichauf mit Olaf Scholz, erreicht sie aktuell nur noch einen Zuspruch von 26 Prozent. Die schlechteste Bewertung unter den Spitzenkandidaten zur Bundestagswahl erzielen Tino Chrupalla von der AfD (9 Prozent) und Janine Wissler von der Linken (7 Prozent). Beide sind drei Monate vor der Bundestagswahl zugleich einer deutlichen Mehrheit der Wahlberechtigten kein Begriff.



Im September wird der nächste Bundestag, im Februar kommenden Jahres der nächste Bundespräsident gewählt. Frank-Walter Steinmeier hat sich für eine zweite Amtszeit bereit erklärt. In der Bevölkerung erfährt der Bundespräsident nach vier Jahren im Schloss Bellevue mehrheitlichen Zuspruch: 67 Prozent sind zufrieden. Jeder Vierte (25 Prozent) übt Kritik. Auch wenn er an seinen Popularitätswert unmittelbar vor dem Amtsantritt von Februar 2017 nicht heran reicht, weiß Frank-Walter Steinmeier weiterhin verschiedenste Parteienlager zu integrieren. Abgesehen von den AfD-Anhängern äußern sich die Wähler aller Bundestagsparteien anerkennend.

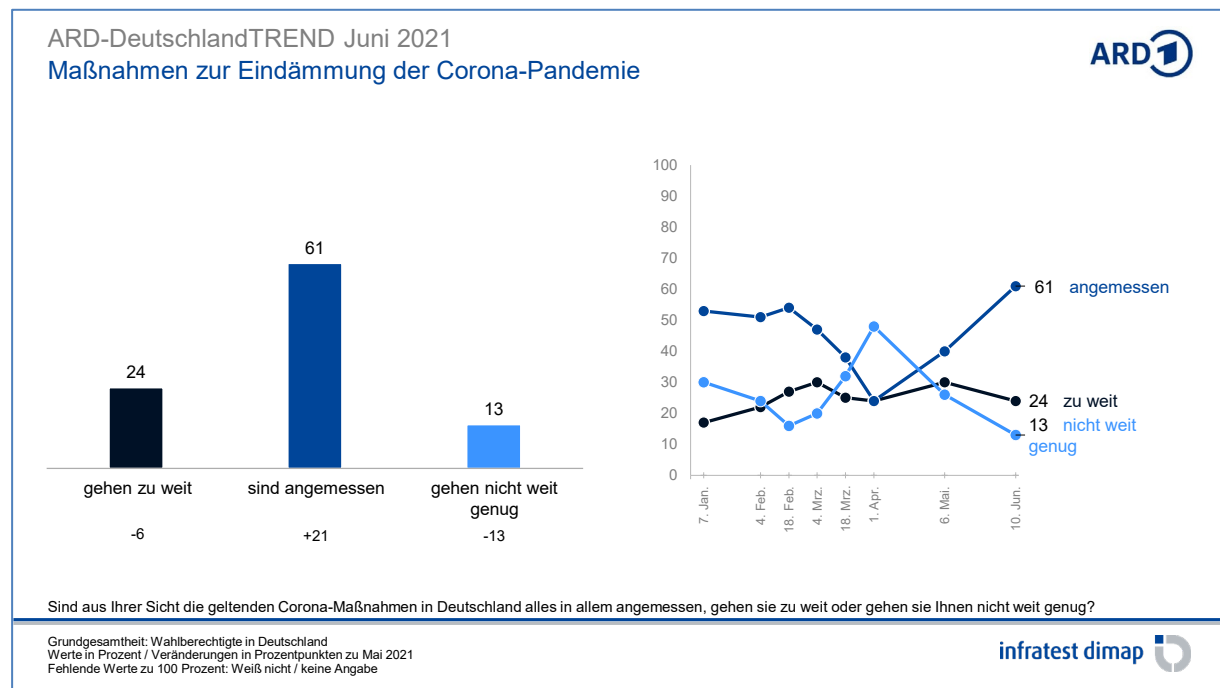
Zuspruch für Bundesregierung steigt wieder

Das Urteil zur schwarz-roten Regierungsarbeit hat sich binnen Monatsfrist gebessert. Äußerte sich im Mai nur ein gutes Drittel zufrieden, ist es aktuell fast die Hälfte (45 Prozent, +8). Ein mehrheitlich positives Zeugnis stellen derzeit die Unions- (75:25 Prozent) und mittlerweile auch wieder die SPD-Anhänger (57:41 Prozent) aus. Die Anhänger der Grünen sind in ihrem Urteil gespalten (51:48 Prozent). Deutliche Kritik kommt aus den Reihen der Linken (33:67 Prozent), vor allem aber von Anhängern der FDP (28:70 Prozent) und der AfD (8:92 Prozent).



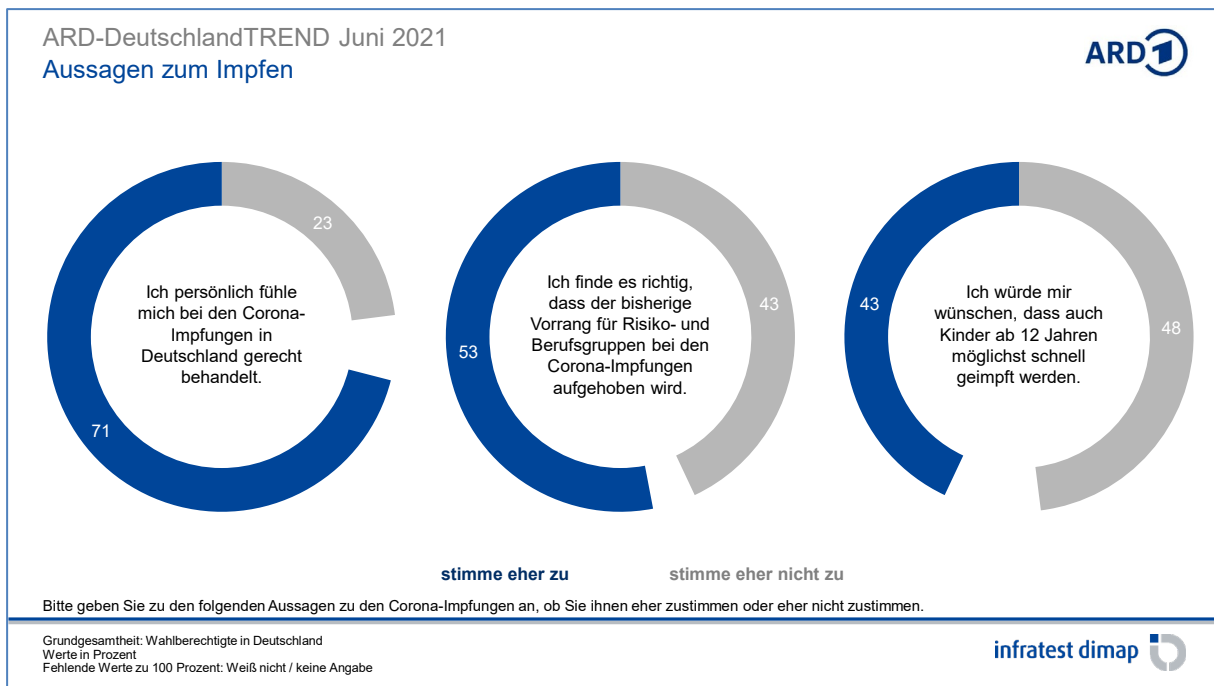
Corona-Maßnahmen: Kritik nimmt ab

Zugutekommen der Regierung im Urteil der Bundesbürger sinkende Corona-Infektionszahlen und eine wohlwollende Begleitung angelaufener Corona-Lockerungen: Der Zuspruch für geltende Corona-Regelungen erreicht den höchsten Wert in diesem Jahr. Aktuell betrachten sechs von zehn (61 Prozent; +21) die verbliebenen Maßnahmen als angemessen. 24 Prozent (-6) bezeichnen sie als immer noch zu weitgehend, 13 Prozent (-13) als nicht weitgehend genug. Zu starke Corona-Restriktionen kritisieren nach wie vor in erster Linie die Anhänger der AfD (73 Prozent), aber auch vier von zehn FDP-Anhängern (39 Prozent).



Impfungen für Jugendliche und Wegfall der Priorisierung umstritten

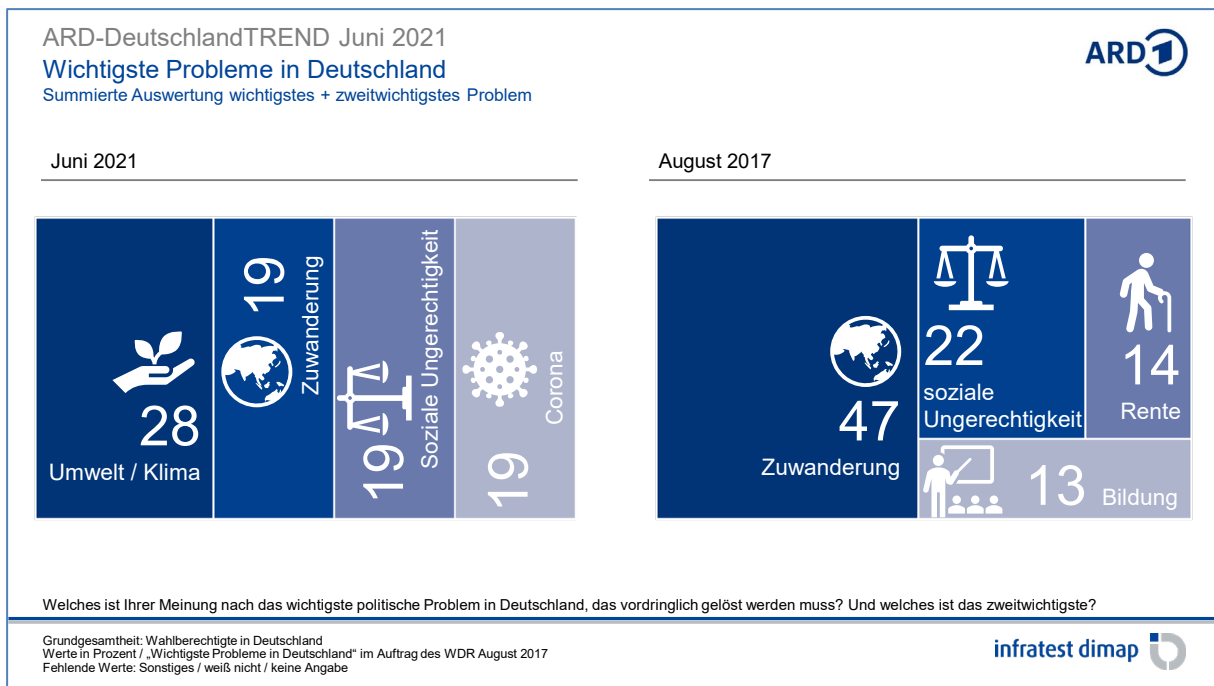
Positiv bemerkbar macht sich in der aktuellen Bewertung der Bundesregierung ebenso der Fortschritt in der Corona-Impfkampagne. Das bisher geltende Impf-Regime empfinden sieben von zehn (71 Prozent) für sich persönlich als gerecht. Auch bei den unter 40-Jährigen, die anfangs bei den Impfungen unberücksichtigt blieben, überwiegt der Zuspruch, wenngleich nicht ganz so deutlich (61:30 Prozent). Die Aufhebung der Impf-Priorisierung ist in der Bevölkerung nicht unumstritten. Gut die Hälfte (53 Prozent) findet es richtig, dass der Vorrang von bestimmten Alters- und Berufsgruppen vollständig fällt, 43 Prozent äußern sich ablehnend. Deutlicher begrüßt wird dieser Schritt bei den jüngeren Bundesbürgern (58:36 Prozent).



Ebenfalls umstritten ist in Deutschland eine Öffnung der Corona-Impfungen für Jugendliche unter 16 Jahren. Vor Bekanntgabe der Empfehlung der Ständigen Impfkommission sprechen sich 43 Prozent der Bundesbürger dafür, 48 Prozent dagegen aus. In der Gruppe der Eltern mit Kindern zwischen 12 und 15 Jahren halten sich ebenfalls Zuspruch und Ablehnung die Waage (46:45 Prozent).

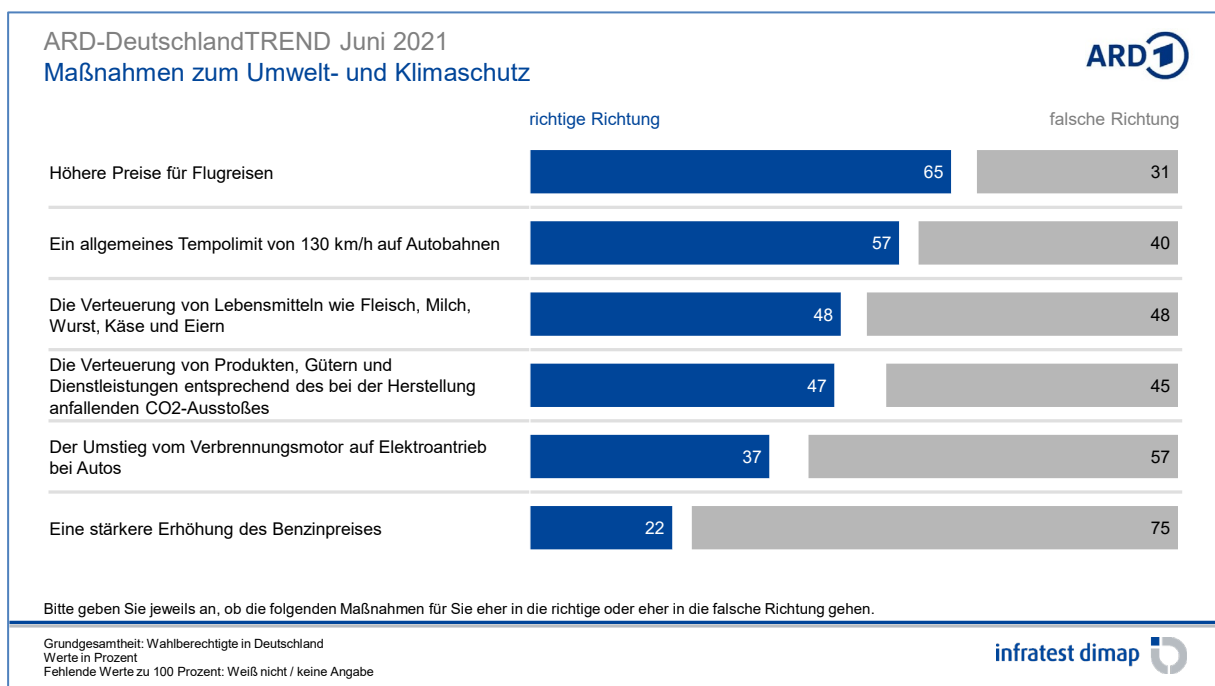
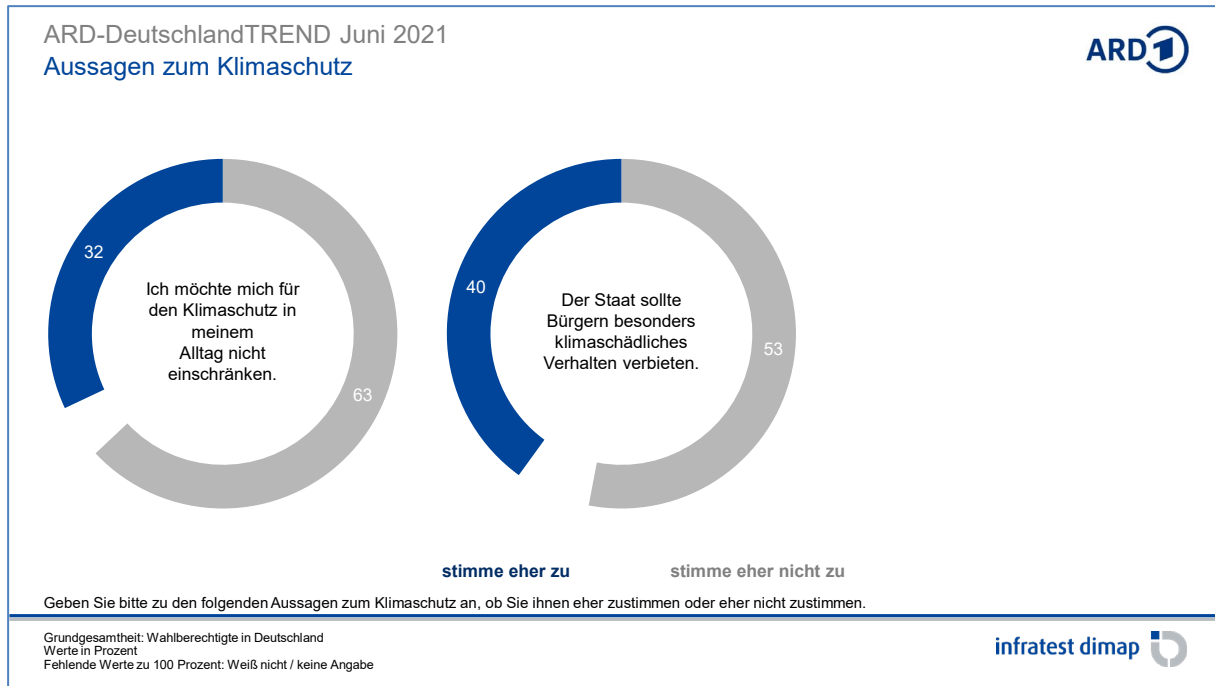
Wichtigste Probleme: Umwelt, Ungleichheit, Zuwanderung, Corona

Die weitere Entwicklung des Infektionsgeschehens wird über die Wichtigkeit des Corona-Themas im Vorfeld der Bundestagswahl im September entscheiden. Die aktuell rückläufigen Inzidenzen eröffnen Raum auch für andere Themen. Gefragt nach den aktuell wichtigsten politischen Problemen in Deutschland benennen 28 Prozent den Umwelt- und Klimaschutz, jeweils 19 Prozent Fragen der Zuwanderung und der sozialen Ungerechtigkeit sowie die Corona-Pandemie. Damit unterscheidet sich die momentane Problemagenda der Deutschen deutlich von der der letzten Bundestagswahl. Im August 2017 hatte jeder zweite Wahlberechtigte (47 Prozent) Migration als zentrale Herausforderung für die Politik angegeben.



Klima- und Umweltschutz: Verbote und höhere Preise umstritten

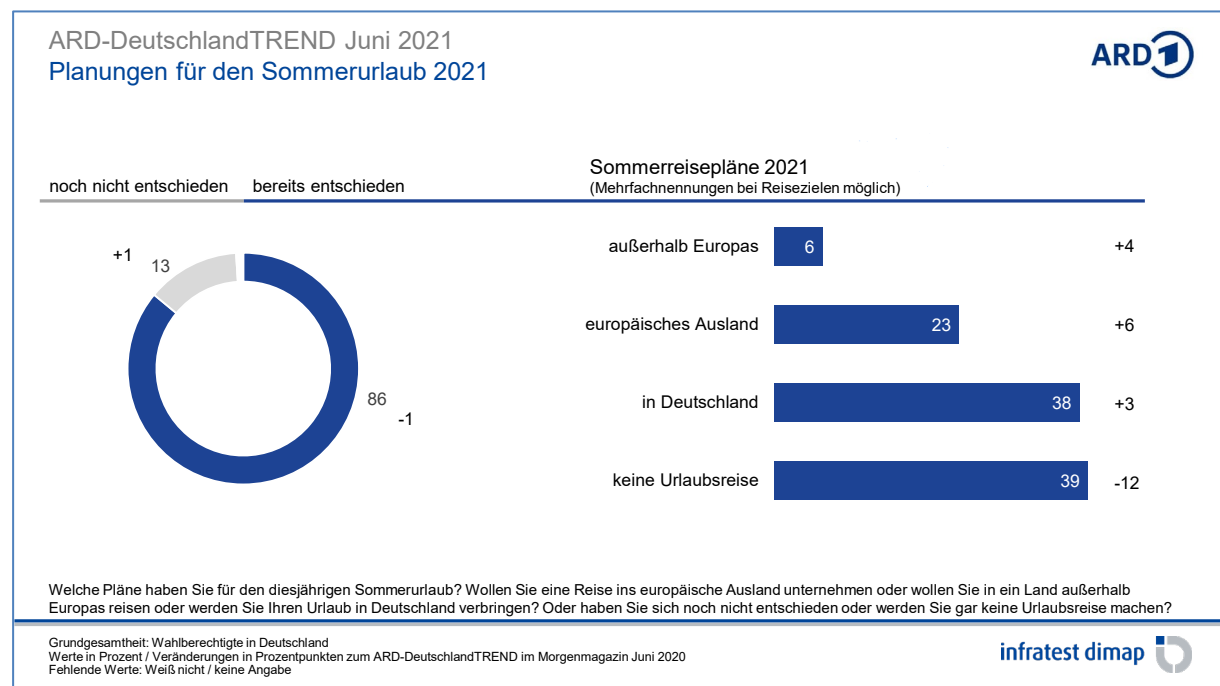
Die Deutschen sehen den Klima- und Umweltschutz derzeit als eines der großen politischen Probleme und nehmen sich bei diesem Thema auch selbst in die Pflicht. Lediglich ein Drittel (32 Prozent) signalisiert, sich für den Klimaschutz in seinem Alltag grundsätzlich nicht einschränken zu wollen. Dennoch kommt auf die deutsche Politik ein nicht zu unterschätzender Überzeugungsaufwand zu. Denn nicht nur staatliche Verbote klimaschädlichen Verhaltens sind in der Bevölkerung umstritten (40:53 Prozent).



Auch eine höhere Bepreisung von Energieträgern und Alltagsprodukten trifft aktuell auf sichtbaren Widerspruch. Jeder Zweite unterstützt zwar eine Verteuerung von Produkten, Gütern und Dienstleistungen entsprechend der mit ihnen verbundenen CO₂-Emissionen, ebenso viele aber lehnen dies ab (47:45 Prozent). Richtig ist, dass die Haltung der Bevölkerung zur Einführung von CO₂-Bepreisungen vom konkreten Beispiel abhängt. So finden höhere Preise für Flugreisen mehrheitlich Akzeptanz bei den Deutschen (65 Prozent). Preissteigerungen bei Alltagsprodukten wie tierischen Lebensmitteln aber unterstützt demgegenüber nur die Hälfte (48 Prozent). Die aktuell diskutierte deutliche Anhebung des Benzinpreises findet sogar nur bei jedem Fünften (22 Prozent) Zuspruch. Gleichzeitig begegnen die Deutschen dem Umstieg vom Verbrenner auf Elektromobilität zumindest bislang mehrheitlich mit Vorbehalten. Für nur ein gutes Drittel weist er in die richtige Richtung (37:57 Prozent). Für das Ziel einer klimafreundlichen Fortbewegung würden die Deutschen eher ein Tempolimit auf Autobahnen (57:40 Prozent) als höhere Benzinpreise akzeptieren.

Urlaubspläne 2021: gestiegene Reiselust

Kurz vor Ferienstart in den ersten Bundesländern haben sich 86 Prozent der Deutschen bereits entschieden, ob und wohin sie diesen Sommer in den Urlaub verreisen werden. Jeder Achte (13 Prozent) ist sich Anfang Juni noch nicht sicher, wie und wo er seinen Sommerurlaub letztlich verbringen wird. Im Vergleich zu Juni 2020 ist die Zahl derjenigen, die zu Hause bleiben und ihre Koffer nicht packen wollen, deutlich von 51 auf 39 Prozent gesunken. In den Sommerreiseplänen bleibt Deutschland auch 2021 das Ziel Nummer Eins: Vier von zehn (38 Prozent; +3) beabsichtigen für den Sommer eine innerdeutsche Urlaubsreise. 23 Prozent (+6) zieht es ins europäische Ausland. Angesichts fortbestehender Einschränkungen im internationalen Reiseverkehr denken mit 6 Prozent (+4) auch 2021 nach wie vor nur wenige darüber nach, den Sommerurlaub außerhalb Europas zu verbringen.



ARD–DeutschlandTREND Juni 2021

Repräsentative Studie zur politischen Stimmung im Auftrag der ARD-Tagesthemen und der Tageszeitung DIE WELT

Studieninformation

Autorin WDR	Ellen Ehni	0221 220-1800
Redakteur WDR	Florian Riesewieck	0221 220-1800
Betreuung infratest dimap	Roberto Heinrich	030 533 22-0
Grundgesamtheit	Wahlberechtigte in Deutschland	
Erhebungsmethode	Zufallsbasierte Telefon* - und Online-Befragung *davon: 60% Festnetz, 40% Mobilfunk	
Fallzahl	1.316 Befragte (860 Telefoninterviews und 456 Online-Interviews)	
Gewichtung	nach soziodemographischen Merkmalen und Rückerinnerung Wahlverhalten Sonntagsfrage mit separater Gewichtung	
Erhebungszeitraum	07. bis 09. Juni 2021	
Schwankungsbreite	1.000 Befragte: 2* bis 3** Prozentpunkte * bei einem Anteilswert von 10 Prozent ** bei einem Anteilswert von 50 Prozent	
Durchführendes Institut	infratest dimap	
Ansprechpartner infratest dimap	Dr. Nico A. Siegel	030 53322-0
	Reinhard Schlinkert	0228 32969-3
	Roberto Heinrich	030 533 22-0